



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

Dortmunder Erklärung zur gesamteuropäischen Erinnerung und Solidarität 25 Jahre nach Tschernobyl beschlossen auf einem Treffen der Trägerkreise am 21.11.2010 in Dortmund

Am 26. April 2011 jährt sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum 25. Mal. Der 1986 durch die Explosion im AKW Tschernobyl freigesetzte radioaktive Fall-out erreichte alle europäischen Länder und machte die Befürchtung einer grenzüberschreitenden Katastrophe zur Realität. Für den amerikanischen Arzt Robert Gale, der die ersten Strahlenopfer der Katastrophe behandelte, ist Tschernobyl „eine letzte Mahnung“. Der durch Tschernobyl ausgelöste „anthropologische Schock“ droht heute jedoch in Vergessenheit zu geraten. Dabei sind die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Menschen in den betroffenen Gebieten nach wie vor verheerend:

- in Belarus, der Ukraine und Russland wurde eine Fläche von 150 000 Quadratkilometer mit über 1 Ci/km² Cäsium-137 radioaktiv belastet; zum Zeitpunkt der Katastrophe lebten dort 7,2 Mio. Menschen. 70 % des radioaktiven Fallouts gingen alleine in Belarus nieder. In Belarus wurden in den ersten fünf Jahren nach der Katastrophe die Bewohner aus über 400 Dörfern umgesiedelt und in der Ukraine die Bewohner aus über 90 Dörfern. Mehrere hunderttausend Menschen verloren für immer ihre Heimat.
- Heute leben in den radioaktiv belasteten Gebieten immer noch mehrere Millionen Menschen (1,3 Mio. in Belarus, 1,6 Mio. in der Ukraine). Die dort lebenden Familien mit ihren Kindern sind einem erhöhten Risiko für ihre Gesundheit ausgesetzt und leiden unter unsicheren Zukunftsperspektiven.
- Über 600.000 Menschen waren unmittelbar am Reaktor und in den umliegenden hochverstrahlten Gebieten im Einsatz, um den Reaktorbrand zu bekämpfen, die Menschen zu evakuieren und andere Schutzmaßnahmen zur Minderung der Katastrophe durchzuführen; sie werden als Liquidatoren bezeichnet. Viele dieser heute vergessenen Retter Europas sind verstorben und die überwiegende Mehrzahl leidet an Krankheiten.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat jedoch auch eine einmalige europaweite Solidaritätsbewegung hervorgebracht, die sich im Zuge der Auflösung des Ost-West Konfliktes und der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ seit Anfang der 1990er Jahre des letzten Jahrhunderts in vielen Ländern entwickelte. Alleine in Deutschland belief sich die Zahl der Initiative auf über 1.000, heute sind es immer noch über 500. Diese privaten Initiativen leisten mit Kindererholungen, medizinischer Hilfe, dem Bau von Wohnhäusern für Umsiedler, sozialen und ökologischen Projekten auch heute noch einen wichtigen Beitrag zur Linderung der Katastrophenfolgen. Diese grenzüberschreitenden zivilgesellschaftlichen Partnerschaften bilden zudem ein wichtiges Fundament für die Entstehung eines gemeinsamen europäischen Hauses.

Auch die Regierungen der betroffenen Länder haben seit 1991 erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe zu mildern. Hierzu gehört beispielsweise die staatliche Finanzierung von Kindererholungsmaßnahmen sowie gezielte Investitionsprogramme für die belasteten Regionen. Die Katastrophe von Tschernobyl darf jedoch keine nationale Angelegenheit bleiben. Die Unterstützung der internationalen und insbesondere der europäischen Staatengemeinschaft muss daher vor dem Hintergrund des 25. Jahrestags von Tschernobyl ausgeweitet werden.

Folgende konkrete Schritte halten wir für notwendig:

- Die Katastrophe von Tschernobyl darf nicht verdrängt und vergessen werden, sondern sollte für Lernprozesse zur Bewältigung von aktuellen globalen Herausforderungen, wie den Klimawandel, genutzt werden. Dies betrifft sowohl die verschiedenen Aspekte der Katastrophe selbst wie auch die europäische Solidaritätsbewegung. Wir brauchen eine aktive Kultur des Erinnerns, die insbesondere junge Menschen für die mit Tschernobyl verbundenen Probleme sensibilisiert. Hierzu sollten neue Begegnungsprogramme für Jugendliche geschaffen werden.

- Die Menschen, die nach wie vor direkt unter den Katastrophenfolgen leiden, d.h. die Familien und Kinder in den verstrahlten Regionen und die Liquidatoren, müssen weiterhin öffentliche Unterstützung erfahren. Hierzu gehören beispielsweise die öffentliche Einrichtung von Treffpunkten und Beratungsstellen für Liquidatoren sowie die Gewährleistung optimaler Rahmenbedingungen für die Durchführung von Kindererholungsmaßnahmen in den betroffenen Ländern und im Ausland.
- Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind die zentralen Lehren aus der Katastrophe von Tschernobyl einerseits und zum anderen vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe dringlich und vorrangig. Programme der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien müssen deshalb zentraler Bestandteil nationaler Politik und länderübergreifender Kooperation werden.
- Die unbeschreibbaren Leiden, die die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten schon erleiden musste und in Zukunft erleiden wird, müssen in den politischen Debatten über die Zukunft der Atomenergie und dem Festhalten an dem Atomkonsens von 2002 berücksichtigt werden. Tschernobyl zeigt aus unserer Sicht, dass Atomenergie keine Technologie der Zukunft ist, sondern eine Energiewende erfolgen muss. Wir bitten die Politik, dass bei allen die genannten Themenfelder betreffenden Programmen die bestehenden Partnerschaften der nichtstaatlichen Tschernobyl-Initiativen einbezogen werden.